




Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Baaß lobt Initiative zur Gebäudesanie- rung

Lambrecht erläutert Vorschläge der Parlamentari- schen Linken

Berlin/Viernheim, 25. April 2007 – In einem Gespräch mit dem Viernheimer Bürgermeister Matthias Baaß (SPD) hat die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Sprecherin der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht (SPD), die Initiative der Parlamentarischen Linken für ein Investitionsprogramm erläutert. Ziel ist der Ausbau des auf der Regierungsklausur in Genshagen 2006 beschlossenen 25-Milliarden-Investitionsprogramms. Dabei sollen unter dem Titel „Genshagen II“ vor allem soziale und gesellschaftliche Innovationsprojekte gefördert werden.

Besonderes Interesse bei Bürgermeister Baaß fand der Vorschlag, ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Klimawandels in Höhe von 5 Mrd. Euro bis 2012 aufzulegen. Unter anderem sollen das Geld für den Ausbau des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms und die Ausdehnung des CO₂-Programms auf öffentliche Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll eine Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energiespeicherung und im Bereich der Entwicklung CO₂-freier Kraftwerkstechnologie erfolgen.

„Das wäre eine hervorragende Möglichkeit für die Kommunen, ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Umweltschutz zu leisten und für die Handwerksbetriebe vor Ort eine große Chance“, so Baaß.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Die Initiative sieht u.a. weiterhin Investitionen in altersgerechte Wohnungsmodernisierungen und den Ausbau der Krippenbetreuung vor.

Die vorgeschlagenen Investitionsprojekte sollen durch Änderungen an dem vorgeschlagenen Konzept der Unternehmenssteuerreform, und damit geringeren Einnahmeausfällen des Bundes, gegenfinanziert werden.

„Durch eine vorausschauende Innovations- und Investitionspolitik müssen Grundlagen dafür geschaffen werden, strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zu gestalten, Lebens- und Bildungsbiographien solidarisch abzusichern sowie die ökologischen Herausforderungen zu bewältigen“, so Christine Lambrecht in dem Gespräch. „Wer den Standort Deutschland sichern und attraktiver machen will, kann das nicht alleine über finanzielle Entlastung der Unternehmen erreichen, sondern muss in die Menschen investieren. Eine Unternehmenssteuerreform mit geringeren Einnahmeausfällen verbunden mit einem klugen Investitions- und Innovationsprogramm ist die richtige Politik für einen lebenswerten und ökonomisch erfolgreichen Standort Deutschland“.